

Josef Schüßlburner

Sozialismusbewältigung

18. Teil: Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?

Stand: 03.12.2020

Wir müssen heute ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen sagen. Diese Wirtschaft tötet (Papst Franz I.)¹

Die christlichen Demokraten stehen daher bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus mit der Arbeiterklasse in einer Front. Dabei erkennen sie vorbehaltlos die führende Rolle dieser Klasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus an.²

Die Christlich-Demokratische Union (CDU) - ihr Parteivorsitzender Bundeskanzler *Helmut Kohl* fügte häufig noch den Genitiv „Deutschlands“ hinzu, der bei dessen Nachfolgerin, *Angela Merkel* gänzlich fehlt, ist sie doch gegenüber Deutschlandfahnen allergisch³ und die Nationalhymne bringt sie zum Zitteranfall - sorgt in Thüringen mit einer ihre „Mitte“-Position währenden Wahlenthaltungspolitik dafür, daß ein demokratisch gewählter liberaler Ministerpräsident wieder durch einen Kommunisten, also aus CDU-Sicht: durch einen linksextremistischen „Demokraten“⁴ ersetzt wird. Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wählt die CDU eine erklärte Kommunistin, die einer Organisation angehört, die „vom Verfassungsschutz beobachtet wird“ (im Falle von „rechts“ das politische Todesurteil schlechthin) zur Verfassungsrichterin. Zur Rechtfertigung von letzterem beruft die CDU sich dann auf parlamentarische Usancen, die jedoch anderweitig nicht dazu führen, daß sie einen Abgeordneten der AfD zum Parlamentsvizepräsidenten oder in ein parlamentarisches Kontrollgremium wählt, obwohl die entsprechende Fraktion aufgrund des sog. Spiegelbildlichkeitsprinzips (Parlamentsorgane müssen die Zusammensetzung des Gesamtparlaments spiegeln) selbst beim Wahlmodus darauf einen verfassungsrechtlichen Anspruch hat. Der von der CDU-Kanzlerin aus Süd-Afrika angeordnete Sturz des liberalen Ministerpräsidenten in Thüringen mit dem Ziel, diesen durch einen kommunistischen „Demokraten“ zu ersetzen, ist darauf zurückzuführen, daß der Liberale entscheidend von der als „rechts“ eingeordneten AfD mitgewählt worden war, was für die „Mitte“-Position der CDU so unerträglich ist, daß sie dann einen Kommunisten wieder zur Regierungsmacht verhelfen mußte. Sorgt also die CDU für die Rückkehr, wenn schon nicht des Kommunismus, dann wenigstens des Sozialismus?

Die aktuelle Wirtschaftspolitik der von der CDU / CSU geführten Bundesregierung mit ruinösen staatlichen Eingriffen und einer immensen Staatsverschuldung und die von ihr nachhaltig betriebene Währungssozialisierung mit Vergemeinschaftung der Staatsschulden auf europäischer Ebene lassen einem diese Frage bejahen. Ebenso die „Industriepolitik“ des derzeitigen CDU-Wirtschaftsministers, die „Schritt für Schritt zur Staatswirtschaft“⁵ führt, zumindest auf eine verstärkte staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft, wenn nicht auf deren Lenkung ausgerichtet ist.

¹ Zitiert von *Christoph Schäfer*, Kapitalismus am Pranger, *FAZ* vom 25.02.2010, S. 17.

² Entschließung der CDU der DDR auf dem Parteitag von 1952, zitiert bei *Stephan Zeidler*, Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-53, 1996, S. 55.

³ „Als nach dem Wahlsieg 2013 der damalige CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe mit einem kleinen Deutschlandfähnchen wedelte, eilte eine sichtlich verärgerte Kanzlerin herbei, entwand dem Getreuen das Fähnlein und entsorgte es im Publikum“, s. *FAZ* vom 4.08.2019, S. 1 „Die Farben der Freiheit“, die der CDU-Kanzlerin ein Ärgernis sind!

⁴ Die CDU-Zeitung *FAZ* vom 24.02.2020, S. 1 schreibt von „einer großen demokratischen Mehrheit aus fünf Fraktionen“, was die sechste Fraktion, nämlich die AfD, die Partei der ehemaligen *FAZ*-Abonnenten Kommunismus-konform und damit verfassungsfeindlich als demokratiefeindlich ausmacht.

⁵ So die Kritik von *Julia Löhr*, in: *FAZ* vom 16.06.2020, S. 15.

Aber kann einer Partei, die einst, nämlich im Wahljahr 1976, den größten Wahlerfolg (welcher allerdings nicht zur Regierungsbeteiligung führte, diesen aber doch vorbereitete) mit der seinerzeit durchaus fragwürdigen, grundsätzlich jedoch völlig legitimen Parole⁶ „Freiheit statt Sozialismus“⁷ bzw. - so die „radikalere“ Fassung der bayerischen Schwesterpartei Christlich-Soziale Union (CSU) - „Freiheit oder Sozialismus“⁸ erzielt hatte, also entschieden einen antisozialistischen Kurs gefahren war, wirklich vorgeworfen werden, für die Rückkehr des Sozialismus einzutreten? Was ja neben einer (zunehmenden) Staatswirtschaft mit verarmender Einkommensnivellierung eine totalitäre Demokratiekonzeption⁹ impliziert, deren Wirkungsweise die weitgehende Gleichheit des Denkens zur Voraussetzung hat. Stehen dem nicht von der CDU gelegentlich noch propagierte christliche Werte entgegen?

CDU als Partei des „christlichen Sozialismus“

Die antisozialistischen Parolen, welche seit der Bildung der ersten Bundesregierung unter Parteichef *Konrad Adenauer* (CDU) nicht nur mit diesen Slogans zum Ausdruck gekommen waren, lassen leicht vergessen, daß die CDU in den unmittelbaren Nachkriegsjahren als die Partei des „christlichen Sozialismus“ gegründet worden war¹⁰ und es doch einen erheblichen innerparteilichen Aufwand erfordert hat, sich von diesem Sozialismus abzuwenden.¹¹ Entscheidend für diese Abwendung waren dabei letztlich die Vorgaben der maßgeblichen Besatzungsmacht USA,¹² die anders als die britische Besatzungsmacht, bei der gerade die sozialistische Labour-Party mit ihrer Verstaatlichungspolitik die Regierungsmacht übernommen hatte, angesichts des ausbrechenden Ost-West-Konflikts mit der den entschiedenen Sozialismus repräsentierenden Mitsiegermacht Sowjetunion von einem Sozialismus in den von ihr beherrschten Westzonen Deutschlands nichts wissen¹³ wollte, insbesondere nach Bruch der Weltkriegskoalition durch den Ausbruch des „kalten Krieges“.

Die britische Labour-Party mit ihrem doch nicht so sehr marxistischen Sozialismus war in der Tat für Anhänger des christlichen Sozialismus der CDU ein Vorbild für ihre Konzeption der Bildung einer von den christlichen Gewerkschaften beherrschten „Arbeiterpartei“¹⁴ - und dies nicht trotz, sondern gerade wegen der Tatsache, daß die britische Labour-Party - mit ihrer

⁶ S. dazu den 1. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: „**Freiheit oder Sozialismus!**“ - eine gebotene politische Auseinandersetzung?

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-1.pdf>

⁷ S.

https://www.google.de/search?q=freiheit+statt+sozialismus&tbm=isch&source=iu&ictx=1&fir=NBNhNnG90UH02M%252Cz1byzbw2-0R76M%252C_&vet=1&usg=AI4_kSukGKXXiRLQrScSIfqL34gt-MOSw&sa=X&ved=2ahUKEwjjYzsyajsAhWD3KQKHZt3D9UQ9QF6BAgLEAQ&biw=1777&bih=876#imgrc=NBNhNnG90UH02M

⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheit_statt_Sozialismus

⁹ S. dazu den 2. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Totalitäre Demokratie - Die Demokratiekonzeption der sozialistischen Linken**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-2.pdf>

¹⁰ Die empfehlenswerteste Abhandlung hierzu stellt die Dissertation von *Rudolf Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949, von 1980 dar; darauf wird nachfolgend vor allem Bezug genommen.

¹¹ S. dazu den Beitrag in der *FAZ* vom 16.07.2019, S. 19: Wie sich die CDU vom Sozialismus abwandte.

¹² S. bei *Uertz*, a.a.O., S. 71 und 211.

¹³ Auch wenn man, wie der Verfasser, diese wirtschaftspolitische Entscheidung der USA begrüßt, so ist doch festzuhalten, daß der „Kapitalismus“ den Deutschen besatzungspolitisch ausgenötigt wurde; s. dazu, wenngleich aus sehr linker Sicht geschrieben: *U. Schmidt / T. Fichter*, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48, Rotbuch 27, 1971.

¹⁴ S. bei *Uertz*, a.a.O., S. 34 f., 68.

Parteihymne „The people's flag is deepest red“ nach der Melodie von „O Tannenbaum“ (die den Deutschen sehr vertraut ist)¹⁵ - die Schwesterpartei der SPD ist (was britische Labour-Politiker allerdings nicht daran gehindert hatte, SPD-Exilanten als Angehörige eines Feindstaates anzusehen).

Maßgebend für die bizonale CDU mit ihrem Schwerpunkt im besatzungsrechtlich nach Auflösung des Staates Preußen von den Briten begründeten und beherrschten Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) war das Ahlener Programm¹⁶ vom 3. Februar 1947, das wie folgt eingeleitet wurde: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Nach einem Einschub über die „Folgen einer verbrecherischen Machtpolitik“ wird dabei als Konsequenz postuliert:

„Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Ziel der Wirtschaft müsse danach die Bedarfsdeckung sein, wodurch das „kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“ überwunden werden sollte. Dazu bedürfe es einer „gemeinwirtschaftlichen Ordnung“ mit Vergemeinschaftung (Verstaatlichung bzw. Vergenossenschaftlichung) der Großindustrie bei staatlicher Planung und Lenkung der Wirtschaft und dies nicht nur als Übergangslösung in der Kriegsfolgenkrise, sondern „auch in normalen Zeiten“. Zu stärken galt es dabei die Arbeitnehmerrechte bei Verbesserung der Beziehungen Arbeitgeber - Arbeitnehmer.

Es handelt sich bei diesem Ahlener Programm¹⁷ unzweifelhaft um ein sozialistisches Konzept, auch wenn explizit der Begriff „(christlicher) Sozialismus“ vermieden wurde, was zur Vermutung geführt hat, daß *Adenauer* höchstselbst das Programm verfaßte,¹⁸ um den Sozialisten in der CDU schrittweise den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür spricht, daß das Programm nicht nur unter dem Motto „CDU überwindet Kapitalismus“ verabschiedet wurde, sondern mit dem Zusatz „und Marxismus“ versehen ist. Letzterer wirkte demnach noch nicht abschreckend in dem Sinne, daß mit dem (Sowjet-)Marxismus - und „Alle Weg des Marxismus (gemeint: auch der SPD, *Anm.*) führen nach Moskau! Daher CDU“¹⁹ sollte es bald heißen - der Sozialismus insgesamt diskreditiert war, wie dies dann in den nachfolgenden Wahlkampfparolen von CDU / CSU mit antisozialdemokratischer Wirkung nahegelegt werden sollte. Vielmehr galt es, den „wirklichen Sozialismus“, also den nicht (mehr) explizit genannten christlichen, gegenüber dem marxistischen zu verteidigen, bzw. diesen christlichen Sozialismus als Synthese der „Mitte“ aus Liberalismus und marxistischen Sozialismus zu postulieren.²⁰

¹⁵ S. <https://www.youtube.com/watch?v=1xJoWzPZGjY>

¹⁶ S. Text hier:

https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=76a77614-6803-0750-c7a7-5d3ff7c46206&groupId=252038

¹⁷ S. dazu auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlener_Programm

¹⁸ S. dazu bei *Uertz*, a.a.O., S. 13 mit weiteren Nachweisen; ganz zutreffend ist dies nicht, aber Adenauer war an der Schlußredaktion beteiligt.

¹⁹ S. dazu (aus linker und nazifizierender Sicht geschrieben):

https://de.wikipedia.org/wiki/Alle_Wege_des_Marxismus_f%C3%BChren_nach_Moskau

²⁰ S. dazu bei *Uertz*, a.a.O., S. 70 zum „christlichen Sozialismus“ des Berliner CDU-Führers und Gewerkschafters *Jakob Kaiser*, der dabei als Gegenspieler *Adenauers* hingestellt wird, was er nur bedingt war.

Diese Art von „Mitte“ als CDU war also von Anfang an erkennbar und zwar in der Variante, wonach die „Mitte“ offenkundig eine „gemäßigte“ politische Linke darstellt.

An dem explizit zum Ausdruck gebrachten Antikapitalismus, welcher jedoch Sozialismus als positives Programm der politischen Mitte impliziert, hinderte auch nicht die im Programm zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, daß die Zeit nach 1933 vom „getarnten Staatssozialismus“ gekennzeichnet war, mit erheblichen Teilen der Wirtschaft in Gemeineigentum, wobei auch die schon vorher erheblich kartellierten privatwirtschaftlichen Unternehmungen „der Sache nach, wenn auch nicht dem Namen nach, Staatsbetriebe“ darstellten (woran man dann doch anknüpfen wollte!). Der Einleitungssatz des Ahlener Programms insinuiert jedoch, daß das national-sozialistische System, das sicherlich mit der angeführten „verbrecherischen Politik“ gemeint ist (und nicht auch das sowjet-sozialistische), trotz des anerkannten Staatssozialismus, der ja wohl auch zur Parteibezeichnung „national-sozialistisch“ paßte - und deshalb keine „Tarnung“²¹ vorliegt! -, Ausfluß des „kapitalistischen Wirtschaftssystems“ gewesen sei. Dem konnten wiederum die Marxisten völlig zustimmen, was zeigt, daß das Ahlener Programm der CDU mit ihrer Abgrenzung auch gegenüber dem Marxismus inner-sozialistisch, aber sicherlich nicht antisozialistisch ausgerichtet war.

Ideologie des christlichen Sozialismus

Für die Verwendung des Begriffs „Sozialismus“ als positiv im christlichen Kontext konnte angeführt werden, daß dieser Begriff älter als der Marxismus ist. Der Begriff „christlicher Sozialismus“²² findet sich nämlich im deutschen Sprachgebrauch wohl erstmals schon beim Tübinger Theologieprofessor *Johann Sebastian Drey*²³ im Jahr 1847, soll aber vorher schon vom utopischen Denker *Saint-Simon*²⁴ verwandt²⁵ worden sein. Deshalb galt es zunächst eher für Marxisten, sich vom christlichen Sozialismus auch des unmittelbaren kommunistischen Vorgängers von *Marx*, nämlich von *Wilhelm Weitling*²⁶ abzugrenzen, was im Kommunistischen Manifest dadurch erfolgte, daß die christliche Soziallehre zum „reaktionären“ bzw. „feudalen Sozialismus“ gerechnet wurde: Zwar „reaktionär“ oder „feudal“, aber immerhin doch Sozialismus!

Maßgeblich für den christlichen Sozialismus der Anfangsjahre der CDU war der Dominikanerpater *Eberhard Welty*,²⁷ Professor der Hochschule der Dominikaner in dem zwischen Bonn und Köln gelegenen Walberberg,²⁸ welche die *genius loci* der ursprünglichen BRD darstellen. Danach bedeutete „christlicher Sozialismus“ die auf *Thomas v. Aquin* zurückgehende Soziallehre der Katholischen Kirche in einem bestimmten Verständnis, das dem Dominikanerorden zugeschrieben wird - bei einer gewissen Abgrenzung zum sicherlich für die

²¹ Daß der Kapitalismus *Hitlers* eigentlicher Feind war, wird in der „globalen Biographie“ von *Brendan Simms*, dt. 2020, wohl zu pronunziert hervorgehoben, aber so „maßlos überzogen“ wie dies die *FAZ*-Rezension vom 16.05.2020, S. 12 darstellt, ist dies wiederum nicht; aber diese Kritik spiegelt die nunmehr wieder eingekehrte prosozialistische Haltung der CDU, die die *FAZ* natürlich abfedern muß.

²² S. dazu auch (etwas unzulänglich): https://de.wikipedia.org/wiki/Christlicher_Sozialismus

²³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Sebastian_von_Drey

²⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Henri_de_Saint-Simon

²⁵ S. Nachweise bei *Uertz*, a.a.O., S. 112.

²⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Weitling

²⁷ S. ziemlich unzulänglich: https://de.wikipedia.org/wiki/Eberhard_Welty

²⁸ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Walberberg>

kirchlichen Sozialzyklen *Rerum novarum*²⁹ und *Quadragesimo anno*³⁰ maßgeblicheren Jesuitenorden mit ihrem Hauptinterpreten *Oswald von Nell-Breuning*.³¹ Im Zentrum dieser Soziallehre steht danach die betont antikapitalistische Eigentumslehre. Dies war - neben den ursprünglich damit verbundenen (von den CDU-Theoretikern selbstverständlich völlig ausgeblendet) Antisemitismus - der Ausgangspunkt der christlichsozialen Richtung, die Ende des 19. Jahrhunderts in Wien entstanden³² ist und wie selbstverständlich durchaus im Eigenverständnis als „christlicher Sozialismus“³³ firmierte. Und „nur der christliche Sozialismus kann retten“³⁴ - in einer Weise wie danach „nur der christliche Antisemitismus ... vernünftig“³⁵ ist!

Im diesen Kontext sprach man sich dafür aus, „daß der heidnische absolute Eigentumsbegriff des römischen Rechts überwunden und durch die soziale Rechtsordnung abgelöst werden sollte, in der das Eigentum in einer öffentlich-rechtlichen ständischen Gesellschafts-organisation dem Geist des christlich gesinnten Lebensrechts gemäß an soziale Pflichten gebunden sein sollte.“³⁶ Auch wenn das Privateigentum, so das (implizite) Aufgreifen dieses Ansatzes durch die CDU-Theoretiker nach 1945, als soziale Gegebenheit, ja als Persönlichkeitsrecht anerkannt wurde, so ging dies immer mit der Vorstellung einher, daß der damit verbundene Überschuß, also das über das Lebensnotwendige hinausgehende (wie immer dies definiert werden mag!), der kirchlichen oder politischen Gemeinschaft zusteht, die den Überschuß dann für die Armen und Sozialdienste oder auch für kulturelle, d.h. ideologische Zwecke wie Kirchenbauten zur Verfügung stellt.

Kern der ursprünglichen thomistischen Soziallehre stellt jedoch das von den Walberbergern als solches nicht mehr problematisierte (aber stillschweigend vorausgesetzte) Zinsverbot³⁷ dar, das nicht nur biblische Wurzeln hatte, sondern mit einem anderen Ansatz auch auf *Aristoteles* zurückgeht, der also in dem Bereich der Wirtschaftstheorie keine als „naturrechtlich“ (sachgesetzlich und nicht vollständig durch die Bibel determiniert) verstandene Korrektur für zu eng auf die Bibel gestützte Theologien bot. Der Zins, also Darlehensgeschäfte, die mit der Beleiherbarkeit des Eigentums verbunden sind³⁸ - und dabei Eigentum erst zu einem kapitalistischen (heidnisch-römischen!) Rechtsinstitut macht - steht jedoch im Zentrum des Kapitalismus. Ein Zinsverbot, das nicht geschickt umgangen werden kann (was die häufige Folge eines derartigen Verbots war und wie es derzeit vor allem im islamischen Kulturkreis

²⁹ S. dazu als sehr katholisch einzustufende Stellungnahme: https://radio.mk-online.de/sendungen/hauptsache-mensch/inhalt/news/vor-125-jahren-veroeffentlichte-papst-leo-xiii-rerum-novarum.html?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=a8a6d90611aacc606b512fb9e6613b94&gclid=EAJaIQobChMIyomUtLeL7AIVjM_tCh1DIw-3EAAYASAAEgI0Ufd_BwE

³⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Quadragesimo_anno

³¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Oswald_von_Nell-Breuning

³² S. dazu das ergänzende Kapitel 6a des Alternativen Verfassungsschutzberichts: **Von der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zum CSU-Verfassungsschutzextremismus: Verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der Christlich-Sozialen** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/11/C6a.pdf>

³³ S. etwa *Richard Kralik*, *Karl Lueger und der christliche Sozialismus von Beginn bis 1900*, Wien 1923, erschienen im parteinahen Vogelsang-Verlag.

³⁴ S. ebenda, S. 198.

³⁵ S. ebenda, S. 280.

³⁶ S. ebenda, S. 11.

³⁷ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Zinsverbot#Christentum>

³⁸ S. dazu die eine kritische Buchbesprechung, die der Theorie des Debitismus folgt und dabei gegen bestimmte Fehlverständnisse auch von Anhängern des Kapitalismus gerichtet ist: **Verkennen von Eigentum, Staat und Kapitalismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Verkennen-von-Eigentum-Staat-und-Kapitalismus-.pdf>

praktiziert wird), verhindert den Kapitalismus oder schafft ihn ab, was dann seit Anfang des 19. Jahrhunderts als „Sozialismus“ verstanden wurde.

Als Alternative für das kapitalistische Gewinnstreben, also der zur Insolvenzvermeidung notwendigen Absicht zur Erzielung einer Einnahme über der durchschnittlichen Verzinsung, bleibt dann nur etwas, was als „Bedarfsdeckung“ umschrieben werden kann und den ersten operativen Punkt des Ahlener Programms der CDU darstellt. Das Problem, das sich aus diesem Ansatz ergibt, ist doch ein sehr sozialistisches: Mit Abschaffung des Gewinnstrebens gibt es keinen realistischen Preis und die staatlichen oder genossenschaftlichen Bedarfsdecker wissen dann gar nicht so genau, wofür eigentlich ein Bedarf besteht oder wie ein im Zweifel notwendigerweise politisch festgelegter Bedarf „wirtschaftlich“, also kostenbezogen optimal gedeckt werden kann.

Letztlich kann auch der Kritik des Kommunistischen Manifests gefolgt werden, wonach dieser theoretische Ansatz eigentlich adäquater zum vormodernen Feudalismus paßt - was aber für den Sozialismus, also auch den - eigentlichen? - marxistischen ebenfalls³⁹ zutrifft. Letztlich mußte dies auch *Welty* zugestehen, wenn er einräumt, daß mit der Auflösung des Feudalismus und dem Ende der „Hochscholastik“ zugleich eine Abkehr von der ursprünglichen katholischen Ethik, insbesondere der in dieser intendierten antikapitalistischen Gesinnung⁴⁰ erfolgt sei. Dies hätte dann die Möglichkeit des Marxismus aufgetan, der deshalb berechtigter Weise für sich den Begriff „Sozialismus“ in Anspruch nehmen könne, zumal die Kirche in der sozialen Frage der Neuzeit lange keine klare Linie gefunden hätte. Der damit verbundenen positiven Würdigung des Marxismus wird jedoch dessen materialistische Weltanschauung negativ entgegengehalten, die im Widerspruch zur christlichen Ethik stehe. Der Sozialismus müsse also christlich motiviert sein, um ein wirklicher zu sein. Eine zentrale These des christlichen Sozialismus lautet dabei, daß „die praktischen Forderungen der christlichen Ethik weitgehend der Sache nach mit den Forderungen übereinstimmen, die ... vom marxistischen Sozialismus eingebracht werden.“⁴¹ Aufgrund der Initiative von *Karl Marx* und des kirchlichen Versagens habe nicht die Kirche, bzw. das Christentum, sondern der Marxismus die historische Berechtigung, den Namen Sozialismus zu führen.⁴²

(Vorübergehende?) Abwendung der CDU vom Sozialismus

Die CDU hat sich bekanntlich mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“⁴³ vom 15. Juli 1949⁴⁴ vom „christlichen Sozialismus“ zunächst mehr implizit, dann aufgrund der gelungenen positiven Wirtschaftsentwicklung, die nicht dem Sozialismus, sondern seinem Gegenteil gutgeschrieben werden mußte, offen abgewandt. Es wiederholte sich unter völlig anderen Bedingungen die ursprüngliche Entwicklung des christlichen Sozialismus in der Endphase der österreichischen Monarchie⁴⁵ als man einsehen mußte, daß an einer Aussöhnung mit dem Kapitalismus kein Weg vorbeiführte, da man sich die Unterstützung industrieller Kreise sichern mußte, um im

³⁹ S. dazu den 17. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Der vormoderne Charakter des (marxistischen) Sozialismus - Gedanken zur „klassischen Berufung“ Deutschlands „zur sozialen Revolution“ (Karl Marx) oder: die gemeinsame Wurzel des deutschen Antisemitismus und Antikapitalismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/11/SoziBwltg-XVII-Vormodern.pdf>

⁴⁰ S. bei *Uertz*, a.a.O., S. 114.

⁴¹ So *Welty*, zitiert bei *Uertz*, a.a.O., S. 113.

⁴² S. bei *Uertz*, a.a.O., S. 115.

⁴³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%BCsseldorfer_Leits%C3%A4tze

⁴⁴ S. dazu auch die Ausführungen der Konrad-Adenauer-Stiftung:

<https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/duesseldorfer-leitsaetze>

⁴⁵ S. dazu *John W. Boyer*, *Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf*, 2010, S. 436.

Parteienwettbewerb bestehen zu können, mochten auch Ideologen wie *Prälat Scheicher* davon geträumt haben,⁴⁶ wie in seiner Vorhersage aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg für das Jahr 1920 ersichtlich, daß alle Großbetriebe verstaatlicht wären und es keine Millionäre mehr gäbe.

Auf einer mehr ideologischen Ebene ist die Verabschiedung des christlichen Sozialismus nach Gründung der BRD darauf zurückzuführen, daß den Anhängern dieses christlichen Sozialismus vorgeworfen werden konnte, kein wirkliches wirtschaftliches Ordnungskonzept entwickeln zu können, so daß die Umsetzung der Ideen letztlich nur auf eine SPD-Politik hinausgelaufen wäre, die - wie die Vorgänge in der SBZ zeigten -, doch in großen Teilen noch viel marxistischer war⁴⁷ als sich dies Sympathisanten aus den Reihen der CDU eingestehen wollten. Innerkirchlich kam hinzu, daß die offizielle Lehre der Katholischen Kirche „religiösen“ bzw. „christlichen Sozialismus“ als Widerspruch in sich ansah, weil man nicht gleichzeitig guter Katholik und überzeugter Sozialist sein könne. Auch wenn *Welty* meinte, daß sein sozialistischer Ansatz von diesem Verdikt nicht erfaßt würde, so geriet er auf diese Weise doch in eine starke Defensivposition, die ihn bereit machte, im Interesse der Sache auf den Begriff „(christlicher) Sozialismus“ zu verzichten, eine Haltung, die schon im Ahlener Programm manifestiert ist, nämlich ein sozialistisches Programm zu verkünden, ohne den Begriff „Sozialismus“ zu gebrauchen. Auch dies kann unter „Mitte“ verstanden werden! Der Verzicht auf die Begrifflichkeit „christlicher Sozialismus“ kam auch den Protestanten entgegen, die mit dem Konzept „CDU“ anstelle der traditionellen Zentrumsparterie mit den Katholiken parteipolitisch zusammengefaßt werden sollten. Protestanten lehnten aus theologischen Gründen im Sinne einer stärkeren Unterscheidung von geistlich / religiös und weltlich eine (zu starke) Determinierung der Wirtschaftspolitik durch religiöse / theologische Vorgaben ab, mögen einige durchaus mit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik einverstanden gewesen sein, die jedoch dann nicht als (zwingend) „christlich“ ausgegeben werden sollte.

Passend erwies sich der mit den Düsseldorfer Leitsätzen gefundene Programmpunkt „Soziale Marktwirtschaft“, weil das „Wieselwort sozial“ (v. *Hayek*)⁴⁸ erlaubt, es sowohl als Alternative zum Sozialismus zu verstehen, wofür die Verbindung mit „Marktwirtschaft“ zu sprechen scheint, als auch umgekehrt als Synonym für „sozialistisch“ zu begreifen, sicherlich nicht für einen marxistischen Staatssozialismus, aber doch für einen entsprechenden Reformsozialismus, der instrumental sich durchaus des Marktmechanismus bedienen will (und letztlich muß, weil ansonsten kein einigermaßen sinnvolles Wirtschaften möglich ist). Hinzukommt, daß sich die Partei, mit der das Konzept des „christlichen Sozialismus“ ihre erste parteipolitische Formulierung erhalten hatte, nämlich die österreichische Christlichsoziale Partei, sich eben „(christlich-)sozial“ nannte, womit sich „sozialistisch“ und „sozial“⁴⁹ als auswechselbar darstellten. Mit anderen Worten: „Soziale Marktwirtschaft“ ist ein politisch erfolgreicher Formelkompromiß, der sowohl Gegnern des Sozialismus als auch Befürwortern eines „christlichen Sozialismus“ die politische Identifikation erlaubt. Da man politisch die Formel dem Begründer der bundesdeutschen Marktwirtschaft *Ludwig Erhard*⁵⁰ als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“, also einem überzeugten (National-)Liberalen, der gedankliche

⁴⁶ S. bei *Brigitte Hamann*, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, 2002, S. 424; der Traum des (gewissermaßen) CSU-Prälaten, der dabei bemerkenswerter Weise vom Zusammenbruch der Monarchie und des damit verbundenen Vielvölkerstaates ausgegangen war, enthielt auch Aussagen zum Schicksal der Juden, worauf vorliegend nicht eingegangen werden soll.

⁴⁷ S. bei *Uertz*, a.a.O., S. 36 und 68.

⁴⁸ S. https://www.achgut.com/artikel/das_wieselwort_sozial_oder_die_kunst_begriffe_zu_entleeren

⁴⁹ Hingewiesen sei auf das schon angeführte, im CSP-nahen Vogelsang-Verlag erschienene Buch von *Richard v. Kralik*, Karl Lueger und der christliche Sozialismus, das die christlichsoziale Politik Österreichs ohne irgendwelche Abstriche in einer Selbsteinstufung dem „christlichen Sozialismus“ zuordnet.

⁵⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Erhard

Ansätze für eine europäische Währungsunion von vornherein zurückgewiesen hatte und schon deshalb nicht so wirklich zur CDU paßte (was sich auf seine kurze Kanzlerschaft negativ auswirken sollte), zuschrieb, wurde „soziale Marktwirtschaft“ zunächst überwiegend eher als anti-sozialistisches Konzept begriffen. Aber die Formel lud zu „vielen Interpretationen“ ein, „die oft gar nicht Erhards marktwirtschaftlichen Intentionen entsprachen.“⁵¹ D.h. man konnte damit schon eine Politik des „christlichen Sozialismus“ betreiben, nur durfte man dies nicht so benennen - was ja schon mit dem sozialistischen Ahlener Programm der CDU so angelegt war. Diese Herangehensweise kann man dann politisch als „Mitte“ bestimmen: Man macht sozialistische Politik ohne sie als solche zu bezeichnen!

Für die formale Abwendung der CDU vom Sozialismus waren jedoch vor allem besatzungs- und außenpolitische Gründe maßgebend, welche umgekehrt dafür gesorgt haben, daß Anti-Sozialisten wie *Ehrhard* sich politisch und ideologisch durchsetzen konnten und daher die kritischen Stimmen gegen einen „christlichen Sozialismus“ entscheidende Beachtung fanden. Die Entwicklung in der SBZ als negatives Beispiel einer konsequenten sozialistischen Politik, die der sozialismusaffine Flügel der CDU als Blockpartei unterstützte (wobei dieser Flügel durch Flucht und Vertreibung der Opponenten politisch dann den ganzen CDU-Parteivogel in der SBZ / DDR darstellte), die durch „Einbindung“ der DDR-CDU in den „antifaschistischen Block“ vorbereitet wurde,⁵² ließ im Westen eine dezidiert antisozialistische Haltung als parteipolitisch vorteilhaft erscheinen. Dann konnte man die sozialistische DDR-Entwicklung wahlkampfpolitisch trotz einer sozialistischen CDU-Blockpartei mehr der konkurrierenden SPD zurechnen, die mit Ministerpräsident *Grotewohl* (SED, ehemals SPD)⁵³ prominent das DDR-System repräsentierte, das totalitär von einer Partei beherrscht wurde, die aus KPD und dem kooperationswilligen Flügel der SPD gebildet worden ist, der dann ebenfalls zum ganzen Vogel geworden ist.

Diese Zurückweisung des Sozialismus stand zudem im Einklang mit dem Interesse der westlichen Hauptsiegermacht USA, die schon wegen der ausgebrochenen Gegnerschaft zur kriegsverbündeten Sowjetunion eine dezidiert antisozialistische Politik vertrat und in der (angehenden) Bundesrepublik⁵⁴ auch durchsetzte, wenn es sein mußte, mit offener Intervention gegen demokratische Entscheidungen von Deutschen.⁵⁵ Da sich die Abkehr vom Sozialismus und die Durchführung einer marktwirtschaftlichen Politik, die innenpolitisch von der damals überwiegend national-liberalen FDP und auch der Rechtspartei Deutsche Partei, also letztlich von rechts,⁵⁶ erzwungen wurde, sich als sehr erfolgreich herausstellen sollte („Wirtschaftswunder“), haben CDU und CSU auch ein parteipolitisches Eigeninteresse entwickelt, sich für die Marktwirtschaft einzusetzen, weil ihnen deren Erfolge zugeschrieben

⁵¹ So der Schlußsatz des *FAZ*-Artikels über die Abwendung der CDU vom Sozialismus, also als eher ominöser Ausblick formuliert!

⁵² S. dazu auch die Ausführungen zu CDU im Alternativen VS-Bericht: DDR-Block- und BRD-Kartellpartei gegen Rechts: Verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der Christdemokratie:

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/DDR-Block-und-BRD-Kartellpartei-gegen-Recht.pdf>

⁵³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Grotewohl

⁵⁴ Durchaus mit Berechtigung kann mit dem Titel eines „linksradikalen“ Buches von einem durch die westliche Hauptsiegermacht „erzwungenen Kapitalismus“ gesprochen werden; dabei wird allerdings verschwiegen, daß die pro-sozialistische Haltung der Deutschen der Nachkriegszeit auch eine Nachwirkung des sozialistischen NS-Regimes darstellte.

⁵⁵ S. zur Sozialisierungsfrage im Bundesland Hessen, die etwas zu pro-amerikanischen Ausführungen:

<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Sozialisierung/current/0>

⁵⁶ Allerdings gehen gewisse lange eher planwirtschaftlich betriebene Bereiche wie die Verkehrswirtschaft, die erst durch und aufgrund EG-Recht liberalisiert wurden, wesentlich auf die etatistisch ausgerichtete Politik des DP-Politikers *Seehofer* (später CDU) https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm und (sachlicher) <https://www.kas.de/de/web/guest/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/hans-christoph-seebohm1> zurück.

werden und zwar in einem stärkerem Maße als Christdemokraten und Christlichsoziale dies eigentlich verdienen. Denn letztlich geht der bundesdeutsche Kapitalismus auf die Kaiserzeit und seiner preußischen Vorlaufzeit zurück, wo unter ideologischer Hegemonie der politischen Rechten (Nationalliberale und Konservative) die Institutionen begründet wurden, auf die dann in der BRD nach Zurückdrängung der zwischenzeitlichen sozialistischen Überlagerungen zurückgegriffen werden konnte, um eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu machen. Den wirtschaftlichen Wohlstand verdanken daher die Deutschen weniger der CDU / CSU, sondern der politischen Rechten, einschließlich der (damals überwiegend) nationalliberalen FDP und vor allem - man muß es trotz der Vorbehalte gegenüber den alliierten Verfassungsinterventionen einräumen - den USA, die sicherlich bedingt durch ein maßgebliches Eigeninteresse durch den (man muß sagen glücklicherweise) ausgebrochenen Kalten Krieg eine erträglichere (weil für die meisten kaum fühlbare) Ausplünderungspolitik vornahm als die Europäer nach dem Ersten Weltkrieg.

Rückkehr der CDU zum Sozialismus?

Da aber letztlich doch besatzungs- und außenpolitische Gründe und Entwicklungen für die Abkehr der CDU vom Sozialismus ausschlaggebend gewesen waren, hängt eine mögliche Rückkehr der Christdemokratie zum Sozialismus primär von außenpolitischen Konstellationen ab. Sollten sich etwa die Demokraten der Hegemonialmacht USA⁵⁷ dem Sozialismus zuwenden, würden bei der nicht mehr unbedingt als „ultramontan“, sondern eher als „ultraozeanisch“ einzustufenden CDU ziemlich schnell die Hemmungen fallen und man würde sich vielleicht wie seinerzeit in der „DDR“ sogar explizit einer sozialistischen Position zuwenden. Die Hinwendung zum Sozialismus würde bei der CDU außenpolitisch, etwa europapolitisch erfolgen, weil dies den innerstaatlichen Propagandavorteil der Zuschreibung einer erfolgreichen marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik bewahrt, die eigentlich mehr einer national-liberalen FDP, d.h. einer entsprechenden Rechtspartei, zugute gehalten werden müßte.

Mit der außenpolitischen Konstellation der aus einem Besatzungsregime hervorgegangenen BRD eng verbunden ist die Frage der innerstaatlichen Koalitionsbildung. Im sog. Kalten Krieg der USA gegen die extrem-sozialistische Sowjetunion ergab sich der Druck auf die CDU, eine Koalition mit Rechtsparteien einzugehen, also mit der national-liberalen FDP, die von allen lizenzierten Parteien bei Geltung des ursprünglichen pro-sozialistischen Antifaschismus die größten Schwierigkeiten hatte, ihre Demokratiekonformität bescheinigt⁵⁸ zu bekommen. Und vor allem auch eine Koalition mit der Deutschen Partei (DP), die zunächst nur deshalb existiert hat, weil die Briten aufgrund ihrer kolonialen Erfahrungen (Herrschaftsausübung durch Spaltung einer möglichen Nationalbewegung) eine etwas andersartige Parteienlizenzierungspolitik betrieben⁵⁹ als die anderen Besatzungsmächte, aber zunächst auch nur als Niedersächsische Landespartei lizenziert worden war - konservative Parteien wurden, wenn überhaupt (von den USA mit der Bayernpartei erst nach Bruch mit der Sowjetunion 1947), nur als regional-konservative Parteien lizenziert, Ausfluß des alliierten Interesses an der Bewahrung von weiteren Teilungsoptionen. Diese Landespartei konnte sich dann als Deutsche Partei zumindest als norddeutsche Bundespartei durchsetzen, lehnte dann das Grundgesetz ab,

⁵⁷ Die USA als zunehmender Bezugspunkt von europäischen Sozialisten wird Gegenstand eines weiteren Beitrags der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung darstellen.

⁵⁸ S. dazu den Beitrag zum Liberalismus im Alternativen Verfassungsschutzbericht: **Verfassungsfeindlicher Liberalismus: Nationalliberalismus oder Liberalextrémismus?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Verfassungsfeindlicher-Liberalismus.pdf>

⁵⁹ S. dazu etwa bei *Erhard H. M. Lange*, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945 - 1956, 1975, S. 422 f.

auch wenn es dieses dann als Übergangslösung verabschiedete Verfassungswerk selbstverständlich als geltendes Gesetz akzeptiert hat. Die Koalition der Christdemokratie mit derartigen Parteien beschreibt denn auch die Voraussetzungen, die vorliegen müssen, damit eine Abkehr der Christdemokratie vom (christlichen) Sozialismus bis hin zu einer explizit antisozialistischen Ausrichtung möglich ist, nämlich die Koalition mit Rechtsparteien oder zumindest die Bereitschaft hierzu. Für die CDU / CSU des Jahres 2020 besteht diese Bereitschaft erkennbar nicht mehr, sondern sie betreibt den „Kampf gegen rechts“, der doch schon logisch ihre Mitte-Position beseitigt, weil diese Mitte nur möglich ist, wenn es neben links auch rechts gibt (sofern Logik in der Politik etwas bedeuten sollte). Die Bereitschaft mit der FDP zu koalieren, kann die Mitte-Position von CDU / CSU nicht mehr gewährleisten, da die FDP nach Verdrängen des Nationalliberalismus als irgendwie „rechtsextrem“ selbst nur noch „Mitte“ darstellt und damit dem CDU-Dilemma ausgesetzt ist.

Antitotalitarismus wird wieder zum Antifaschismus

Die Behauptung zur maßgeblichen Bedeutung außenpolitischer Konstellation für die Zuwendung der unter Besatzungsherrschaft gebildeten CDU zum Sozialismus mit innerstaatlicher Umsetzung in Form der Koalitionsbildung kann belegt werden mit dem Schicksal des sog. Antitotalitarismus. Mit diesem Begriff, dessen Verwendung bei Übereinstimmung mit der amerikanischen Interessenlage und deren Vorgaben für das abhängige Gebiet BRD stark mit der Abkehr der CDU vom (christlichen) Sozialismus und mit dem Übergang zum expliziten Antisozialismus verbunden war, versuchte man als „Mitte“ zum Kommunismus eine gleiche Gegnerschaft aufzubauen wie bei der unter „Antifaschismus“ laufenden Feindschaft gegenüber dem trotz der auch im Ahlener Programm erkannten staatssozialistischen Ausrichtung des als „rechts“ eingestuften Nationalsozialismus schon besatzungspolitisch vorhanden war. Da diese Feindschaft gegenüber dem Kommunismus für eine Partei des christlichen Sozialismus ursprünglich nicht gegeben war und aufgrund der Anordnungen der amerikanischen Besatzungsmacht bis 1947 auch nicht existieren sein durfte, bedeutete der dann schließlich erlaubte, wenn nicht von den USA gar anbefohlene Antitotalitarismus gewissermaßen eine Ausdehnung des Antifaschismus auch gegen links. Damit ist aber der Antitotalitarismus ein Sekundärphänomen zum Antifaschismus; derartige Sekundärercheinungen verschwinden, wenn die sie tragenden Gründe, also vorliegend einbindungs- und außenpolitische Gründe, nicht mehr vorliegen. Mit dem Untergang der Sowjetunion und der Umwandlung der meisten kommunistischen Parteien des früheren Ostblocks in sehr amerikafreundliche Sozialdemokratien (Ausnahme Rußland und Serbien, Sonderweg Deutschland) hat die Hegemonialmacht USA kein besonderes Interesse mehr am Antitotalitarismus. Dies schafft die Voraussetzung der Rückkehr zum „Antifaschismus“, der historisch fast zwingend eine prokommunistische und damit sozialistische Wirkung zeitigt.⁶⁰

Damit sind eigentlich schon die eingangs erwähnten Verhaltensweisen der CDU, die auf eine Integration der maßgeblichen sozialistischen Diktaturpartei SED der „DDR“ unter der bundesdeutschen Bezeichnung „Die Linke“ als bundesdeutsche „Demokraten“ hinausläuft, hinreichend erklärt. Lieber bringt die CDU, wenngleich gelegentlich noch mit Verrenkungen, die ihr „Mitte“-Image wahren sollen, einen Kommunisten als Ministerpräsidenten wieder an die Macht und verschafft einer Kommunistin den Posten einer Verfassungsrichterin als das sie auch nur annähernd sinnvolle Vorschläge der rechts von ihr angesiedelten AfD aufgreift, deren

⁶⁰ S. dazu auch den 17. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Begünstigung der politischen Linken durch die bundesdeutsche Verfassungsschutzkonzeption - Gründe und verfassungspolitische Alternative**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-17.pdf

Mitglieder und Wähler maßgeblich von der CDU repräsentiert worden waren. Damit macht die CDU schon deutlich, daß sie keine Partei der Mitte mehr sein will, sondern eine fast schon notwendigerweise in Richtung Sozialismus marschierende Linkspartei. Sie ist demgemäß mit „dem Zeitgeist vermählt“,⁶¹ „der seit der Französischen Revolution links-oppositionell ist, falls er gegen bestehende Machtverhältnisse anweht, oder links-autoritär, wenn er sich mit realer Macht zu verbinden weiß.“⁶²

Allerdings ist doch hervorzuheben, daß der links-oppositionelle Charakter, der zunehmend links-autoritär ausgeübt wird, der CDU (und vor allem auch der CSU) als „christlicher Sozialismus“ von vornherein in die Wiege gelegt worden war. Dieser Charakterzug des christlichen Sozialismus konnte durch Einbindung durch politisch rechte Kräfte - Nationalliberalismus der seinerzeitigen FDP und Konservatismus der rechten Deutschen Partei, also durch das, was derzeit mit der AfD zum Ausdruck kommt - in Schach gehalten oder gar zurückgedrängt werden. Nachdem jedoch mit Hilfe des links-autoritären Inlandsgeheimdienstes, des sog. „Verfassungsschutzes“, politische Kräfte rechts der Union „vernichtet“⁶³ werden sollen, werden die letztlich auf das Christentum zurückgehenden Linkstendenzen,⁶⁴ die sich zunehmend in der kirchlichen Kampfstellung gegen rechts⁶⁵ zum Ausdruck bringen, nicht mehr entschieden in Schach gehalten, so daß sich über die CDU / CSU die Rückkehr des als gescheitert angesehenen Sozialismus auftut, der über den Antifaschismus als extreme Freiheitsgefährdung⁶⁶ dann umgesetzt wird.

Sozialistische Methodik von CDU / CSU: Staatliche Funktionalisierung des privaten „Mehrwertes“ ...

Der Grundgedanke des christlichen Sozialismus kann ziemlich einfach - und durchaus ohne Vereinfachung - dahingehend auf den Punkt gebracht werden, daß das über das Lebensnotwendige heraufgehende Mehrprodukt der politischen Gemeinschaft für soziale Zwecke zur Verfügung stehen muß. Dabei wird auch noch eine Abgrenzung gegenüber als zu weitgehend angesehene konkurrierende Sozialismen vorgenommen, indem die Bedeutung des nicht gemeinschaftsfähigen Privateigentums als Persönlichkeitsrecht betont wird. Da aber auch ein linksextremer Sozialdemokrat nicht den Gemeinschaftsbesitz an der Zahnbürste postulieren wird, hat diese Abgrenzung des christlichen Sozialismus etwa gegenüber dem Marxismus keine besondere Bedeutung mehr. Immerhin legt der das Persönlichkeitsrecht im grundgesetzreligiösen Sinn die Menschenwürde betonende Ansatz eine vorsichtigere Vorgehensweise bei der Sozialisierungspolitik nahe, so daß man beizeiten entsprechend der

⁶¹ So der Titel eines Beitrags von *Werner J. Platzelt*, in: *JF* vom 28.02.2020, S. 2.

⁶² S. ebenda.

⁶³ Dazu bekennt man sich ganz offen: „Anders als die CDU/CSU, die vor allem bei den Bundestagswahlen 1969 den Einzug der NPD mit größtem Einsatz verhindert und damit der Demokratie viel erspart, sich selbst allerdings den Weg auf die Oppositionsbänke plant hat, konnten die Sozialdemokraten nicht die Kraft zum politischen Vernichtungskampf aufbringen,“ so der *Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz* in seinem Vorwort zu dem von *Manfred Langner* herausgegebenen. Sammelband, *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei*, 1987, S. 21.

⁶⁴ Diese sind Gegenstand des dem vorliegenden Beitrag nachfolgenden 19. Teils zur Serie zur Sozialismusbewältigung: **Christliche Grundlagen des Kommunismus**

⁶⁵ S. dazu den 15. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutsche Priesterherrschaft gegen Rechts: „Geheimreligion des Grundgesetzes“ als bundesdeutscher Freiheitsverlust**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-15.pdf

⁶⁶ S. dazu den 16. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **„Antifaschismus“ als „Verfassungsschutz“? Zum Diktaturpotential des Kampfes gegen Rechts**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-16.pdf

jeweiligen politischen Mitte-Opportunität die Bedeutung von Marktwirtschaft, die natürlich „sozial“ zu sein hat und des Privateigentums, das natürlich – wie auch andere Grundrechte – nicht „mißbraucht“⁶⁷ werden darf, hervorheben kann. Jedoch dürfte fast jeder Politiker davon zu begeistern sein, daß das auf das Privateigentum zurückgehende Mehrprodukt letztlich den Politikern für die Verwirklichung ihrer politischen Welterlösungskonzeptionen zur Verfügung steht.

Diese Haltung erklärt die Selbstverständlichkeit, mit der eine CDU / CSU-geführte Bundesregierung derzeit die Pandemiebekämpfung für eine nahezu hemmungslose Staatsverschuldung benutzt, die mit weitreichenden Eingriffen in die Privatwirtschaft verbunden ist und dabei auch faktische Sozialisierungen durch Staatsbeteiligungen an Privatunternehmen und deren staatliche Lenkung einschließt (was sich dann auch für die parteipolitische Beutepolitik im Sinne des Einkommensmachiavellismus einsetzen läßt). Als Lösung zur Finanzierung dieser Politik ergeben sich notwendigerweise massive Steuererhöhungen, die das private „Mehrprodukt“ zugunsten des öffentlichen Interesses abschöpfen oder aber die Enteignung der Staatsgläubiger durch gesetzliche Schuldenreduzierung, vielleicht auch durch eine Inflationierungspolitik. Dies treibt dann ganze Wirtschaftsbranchen in die Insolvenz, was dann wieder die Staatsfinanzierung als „Lösung“ aufdrängt.

... und Internationalisierung / Europäisierung

Die wesentliche Grenze auch für eine Politik des christlichen Sozialismus besteht nach weitgehender inländischer Ausschaltung einer Rechtsopposition durch den linksautoritären Inlandsgeheimdienst und einer generellen interstaatlichen Feinderklärung gegen rechts (im Zweifel im Bündnis mit der extremen Linken) letztlich in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, die durch den Staatenpluralismus bedingt sind, der damit erkennbar eine die Freiheit sichernde Maßnahme insbesondere gegen sozialistische Freiheitsbedrohungen darstellt.⁶⁸ Bei einer zu weitgehenden Sozialisierungspolitik müssen nämlich die diese vorantreibenden Politiker angesichts offener Grenzen mit Kapitalflucht rechnen, die zur einer sozialismusadäquaten Verarmung führt. Da aber die CDU insbesondere zur Duldung illegaler Masseneinwanderung von Menschen mit Menschenwürde offene Grenzen befürwortet und diese Politik schon zur Abwehr von politischen Rechtstendenzen nicht aufgeben will, verbleibt als sozialistische Lösung nur die Internationalisierung der Wirtschaftspolitik: Kapitalflucht vor nationalen Sozialisierungsmaßnahmen lohnt sich dann nicht mehr, wenn im möglichen Fluchtland ähnliche Sozialisierungsmaßnahmen ergriffen werden.

Dieser Ansatz determiniert schon wesentlich die christlich-demokratische / christlich-soziale Europa-Politik, insbesondere mit der Abschaffung des wirtschaftliche (und letztlich auch politische) Freiheit sichernden Währungswettbewerbs.⁶⁹ Diese Abschaffung des Währungswettbewerbs und der damit fast schon zwingend verbundenen Vergemeinschaftung von Staatsschulden funktionalisiert die europäischen Grundfreiheiten: Das Verbot der

⁶⁷ Daß dieser Gedanke grundlegend für die Rechtfertigung der christlichsozialen Diktatur in Österreich war, wird im Kapitel 6a des Alternativen Verfassungsschutzberichts besonders hervorgehoben:

<https://links-enttarnt.de/verfassungsfeindliche-tendenzen-innerhalb-der-christlich-sozialen>

⁶⁸ Dies ist dargestellt im 2. Teil der Serie zur Europakritik: **Staatenpluralismus als Garantie der politischen Freiheit** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-2.pdf

⁶⁹ Dies ist dargestellt im 1. Teil der Serie zur Europakritik: **Wesen und Geschichte des National-Staates als Grundlage wirtschaftlichen Fortschritts und der Demokratie und seine Bedrohung durch „Europa“** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-1.pdf

Staatsfinanzierung von Industriebereichen (Subventionsverbot) wird dann zwar europarechtlich den Mitgliedstaaten verboten, steht dann aber der Europäischen Union als Gemeinschaftspolitik durchaus zur Verfügung. Die Fragwürdigkeit des verschleiernenden Kompromiß-Begriffs „soziale Marktwirtschaft“ setzt sich dabei fort: Marktwirtschaftlich ist etwa dann das europarechtliche Subventionsverbot (Verbot von Beihilfen wie es europarechtlich heißt), „sozial“ in Richtung „sozialistisch“ gehend ist dann wiederum die Wahrnehmung der Subventionspolitik direkt durch „Europa“ bzw. aufgrund europarechtlicher Regelungen, die jedoch schwerwiegendere Folgen haben als die (verbotene) nationalstaatliche Wahrnehmung einer derartigen Kompetenz.

Die Internationalisierung der Wirtschaftspolitik wird dann durch europapolitische Projekte wie „Green deal“, also die Bekämpfung des angeblich durch Menschen verursachten Klimawandels festgeschrieben, was dann in der Tat eine eher auf Bedarfsdeckung im Sinne des Ahlener Programms ausgerichtete Wirtschaftspolitik nahelegt als ein zum Schutze des Klimas verdammenswertes kapitalistisches Gewinnstreben, das bekanntlich „tötet“, wie auch schon kirchenamtlich verkündet wird.

Weitere sozialistischen „Werte“ der Christdemokratie?

Inwieweit die Christdemokratie bereit sein wird, über die staatliche Wertabschöpfung von Privatvermögen zur Finanzierung politischer Projekte hinausgehend Sozialismus im Sinne einer umfassenden Menschheitsgleichheit anzustreben, hängt sehr von den entsprechenden Tendenzen im Christentum, insbesondere im Katholizismus ab. Hierbei ist festzustellen, daß sich der derzeitige Papst mit am entschiedensten - entsprechend seiner peronistischen, d.h. faschistisch-sozialistischen Sozialisierung in seinem Heimatland Argentinien⁷⁰ - anti-kapitalistisch äußert. Hinzu kommt, daß *Papst Franz I.* das Europaprojekt unterstützt, d.h. sich für die politische Internationalisierung einsetzt und sich besonders christlich der illegalen Masseneinwanderung nach Europa annimmt.

Es stellt sich daher die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Sozialismus, weil dies für die Frage entscheidend sein dürfte, inwieweit durch die Christdemokratie, die sich begrifflich auf diese Religion bezieht und dies mit Demokratie, also u. U. mit der umfassenden Gleichheit der totalitären Demokratievariante verknüpft, die Rückkehr des Sozialismus zu erwarten ist. Dieser Problematik ist daher der 19. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung gewidmet.

⁷⁰ Phänomene wie der Peronismus werden im 10. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung angesprochen: **Sozialismus als Faschismus Belege bei Betrachtung außereuropäischer Phänomene** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-10.pdf>
s. dazu auch: Was ist Faschismus? Eine Antwort unter Berücksichtigung außereuropäischer Phänomene <https://cf-magazin.de/2010/03/05/1896-rueck--und-ausblick-was-ist-faschismus> und Faschismus – außereuropäisch <https://sezession.de/18110/faschismus-aussereuropaeisch>